

Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg 8. März 2026

Fragenkatalog zu unseren Kernforderungen

Antworten von Benjamin Bauer, Grüne, Wahlkreis 28 – Karlsruhe-II (West)

Pflege

(1.) Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein – Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

In Baden-Württemberg tragen Pflegebedürftige die höchsten Mehrkosten im ersten Jahr im Pflegeheim mit durchschnittlich 3.400 Euro monatlich. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt die Eigenbeteiligung zwar, bleibt aber hoch: auf 3.074 Euro nach einem Jahr, 2.640 Euro nach zwei Jahren und 2.098 Euro nach über drei Jahren.

Für uns Grüne ist klar: Die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen darf kein Armutsrisiko darstellen. Deshalb fordern wir (auch durch Bundesratsinitiativen) die Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung in Richtung des sogenannten Sockel-Spitz-Tauschs auf Bundesebene. Bisher ist es so, dass die Versicherung bis zu einem gedeckelten Betrag die Kosten übernehmen, alle darüber hinauschießenden Kosten müssen die Pflegebedürftigen tragen. Wir wollen das Prinzip umkehren. Der Betrag der Pflegebedürftigen wird gedeckelt und alle darüber hinauschießenden Kosten werden von den Pflegekassen getragen. Das schafft finanzielle Entlastung und Planungssicherheit. Der Eigenanteil wird kalkulierbar, kann so abgesichert werden und mindert damit das Risiko der Altersarmut.

Zu der aufgeworfenen Frage nach der Höhe der Eigenanteile im Wahlkreis liegen uns keine abrufbaren Daten vor.

(2.) Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause

– Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Zu der Frage liegen uns keine wahlkreisspezifischen Zahlen vor. Laut den aktuellsten Zahlen gibt es in Baden-Württemberg 624.831 pflegebedürftige Menschen, von denen ca. 85% (ca. 532.000)

ausschließlich zu Hause versorgt werden. Knapp 350.000 werden ausschließlich durch Angehörige versorgt.

Wir setzen auf eine bundesweite Stärkung der Pflegeversicherung und Entlastungsleistungen. Im Land fördern wir Entlastungsangebote über die reformierte Unterstützungsangebote-Verordnung (UstA-VO), die den Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung (131 Euro monatlich) für ehrenamtliche Helfer aus Nachbarschaft oder Bekanntenkreis einsetzbar macht – bürokratiearm und ohne Pflichtschulung.

Eines der zentralen Themen der Pflegepolitik des Landes war und ist die Stärkung von Tages- und Kurzzeitpflege als eine quartiersnahe, resiliente Versorgungsstruktur für Menschen mit Pflegebedarf. Seit nunmehr fast 15 Jahren legen wir das Innovationsprogramm Pflege auf, mit dem die häusliche Pflege gefördert wird und pflegende An- und Zugehörige unterstützt werden. Unser Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Pflege eines Angehörigen zu verbessern. Es sind überwiegend Frauen, die sich um die Pflege Angehöriger kümmern. Häufig müssen sie die Erwerbsarbeit reduzieren, zahlen weniger in Sozial- und Rentenkassen ein, was ihr Armutsrisiko erhöht. Dem möchten wir mit einem bedarfsgerechten Ausbau der Pflegeinfrastruktur entgegenwirken.

Im Bund setzen wir Grüne uns für eine finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige ein, die ihre Arbeitszeit für die Pflege reduzieren müssen. Diese Unterstützung soll ähnlich wie beim Elterngeld wirken, also ein Lohnersatz sein, wenn Angehörige wegen Pflege weniger arbeiten oder aus dem Beruf aussteigen oder ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

(3.) Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

– Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der vollstationären Pflege und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Das Land fördert die Errichtung von kommunalen Pflegekonferenzen in den Stadt- und Landkreisen. Diese Vernetzung dient der sozialräumlichen Gestaltung von Pflegeangeboten. Pflegekassen sind rechtlich dazu angehalten, die auf kommunalen Pflegekonferenzen erarbeiteten Empfehlungen zu berücksichtigen.

Wir Grüne wollen wohnraumbezogene Unterstützungsstrukturen stärken. Ziel ist es, dass Menschen in der eigenen Häuslichkeit verbleiben können sowie unterstützende und pflegende Angehörige entlastet werden. Das Land fördert durch verschiedene Initiativen unterstützenden Wohnformen oder Tages- und Nachtzeitpflege. Die Nachfrage nach Kurzzeitpflegeplätzen ist

hoch und wird in Zukunft weiter steigen. In Zusammenarbeit mit Pflegekassen, Einrichtungsträgern und Kommunalen Landesverbänden hat das Land das „Aktionsbündnis Kurzzeitpflege“ ins Leben gerufen.

Mit dem „Innovationsprogramm Pflege“ unterstützen wir innovative Konzepte und Projekte, die die Kurzzeitpflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die ambulante Versorgung weiterentwickeln. Gleichzeitig verbessern wir den Zugang und die Qualität niedrighschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote durch die reformierte Unterstützungsangebote-Verordnung.

Zu der aufgeworfenen Frage liegen uns keine abrufbaren Daten vor.

(4.) Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

– Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

Wir Grüne setzen auf ein starkes öffentliches Gesundheitssystem, das allen Menschen eine bedarfsgerechte Versorgung bietet. Außerdem setzen wir uns für eine verlässliche Finanzierung der Krankenhausbehandlung durch den Bund ein.

Im Land haben wir die Investitionsförderung in den letzten Jahren schrittweise erhöht und wollen diesen Weg weitergehen, von gezielten Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur bis hin zur Stärkung der Hausarztversorgung.

Die hausärztliche Versorgung gerät zunehmend unter Druck, in ganz Deutschland, ja sogar europaweit. Eine wesentliche Ursache liegt darin, dass sich immer mehr Ärzt*innen für ein Angestelltenverhältnis entscheiden und sich der Anteil von Teilzeit stark erhöht hat. So ist die Anzahl der in Baden-Württemberg tätigen Ärzt*innen in den letzten zehn Jahren zwar um über 20 Prozent gestiegen, die zur Verfügung stehende Arztzeit hat sich dennoch deutlich verringert. Landesweit liegen die hausärztlichen Versorgungsgrade mehrheitlich im Bereich zwischen 80 und 100 Prozent, in Karlsruhe bei etwa 90 Prozent.

Um mehr medizinische Fachkräfte zu gewinnen, haben wir bereits zusätzlich jährlich 150 neue Studienplätze in der Medizin geschaffen, von denen 75 über die Landarztquote vergeben werden. Durch die Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften beschleunigen wir die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und setzen einen Schwerpunkt auf Gesundheitsberufe, damit aus dem Ausland zugezogene Pflegefachpersonen wie auch Ärzt*innen

rasch bei uns in ihrem Beruf arbeiten können. Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung wie auch die Möglichkeit der Delegation an neue medizinische Fachberufe treiben wir voran. Diese Maßnahmen können wesentlich dazu beitragen, dass mehr Arztzeit für die Versorgung von Patient*innen zu Verfügung steht.

Gezielte Anreize, damit sich mehr Medizinstudierende für dringend benötigte Fachrichtungen entscheiden, haben wir bereits umgesetzt. Mit Programmen wie dem „Landarzt-Track“ haben wir attraktive Ausbildungswege geschaffen, die eine frühe Bindung an den Beruf und die Region ermöglichen. Die Allgemeinmedizin wird dabei im Studienverlauf gestärkt.

Für eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung wollen wir eine Initiative „Hausärztliche Versorgung“ auf den Weg bringen, die dort ansetzt, wo Lücken entstehen oder sich abzeichnen. Es gibt vielfältige Anreize, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, wie die Landarztquote bei der Vergabe von Studienplätzen, die wir durch eine neue „Kinderlandarztquote“ ergänzen wollen.

Im praktischen Jahr wenden Medizinstudierende ihr theoretisches Wissen erstmals eigenverantwortlich im klinischen Alltag an. Wir wollen die Rahmenbedingungen dieser zentralen Ausbildungsphase für Ärzt*innen durch eine existenzsichernde Mindestvergütung, eine hochwertige Lehre in den Kliniken sowie die Anerkennung von Krankheitstagen verbessern.

Ein zentrales Element einer Initiative „Hausärztliche Versorgung“ ist die Förderung von Quereinsteiger*innen: Wir wollen Stipendien und Programme schaffen, die es Ärzt*innen aus anderen Bereichen erleichtern, in die hausärztliche Versorgung zu wechseln.

Zusätzlich wollen wir einen kommunalen Ärztefonds einrichten, aus dem Praxisniederlassungen in unterversorgten Regionen gezielt unterstützt werden – unbürokratisch und im engen Schulterschluss mit den Kommunen vor Ort. So sorgen wir dafür, dass überall im Land eine verlässliche medizinische Grundversorgung gewährleistet bleibt.

(5.) Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen

– Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Ziel ist ein inklusives, gut erreichbares und barrierefreies Gesundheitssystem für alle. Bauliche, kommunikative und organisatorische Hürden müssen im ambulanten Bereich, in Krankenhäusern und im Öffentlichen Gesundheitsdienst abgebaut werden.

Wir Grüne wollen, dass Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehört auch ein niederschwelliger Zugang zu medizinischen Leistungen.

Positive Initiativen wurden bereits angestoßen: Der Strukturfonds der kassenärztlichen Vereinigungen unterstützt beispielsweise Arztpraxen beim Abbau baulicher Barrieren. Im Krankenhausbereich werden Hürden beseitigt, um eine gleichberechtigte Versorgung zu ermöglichen. Der Bundes-Klinik-Atlas (verfügbar seit Mai 2024) unterstützt die Patient*innen durch transparente Informationen.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass der Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen zügig in der Fläche umgesetzt wird.

Mit der Einrichtung des Landeszentrums für Barrierefreiheit haben wir eine Einrichtung geschaffen, die allen Einrichtungen Unterstützung rund um das Thema bietet.

Zu der aufgeworfenen Frage liegen uns keine abrufbaren Daten vor.

Rente und Wohnen

(6.) Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

– Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter? Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Gute Löhne und eine breite Beitragsbasis sichern die Rente. Daher unterstützen wir Grüne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, gleiche Löhne, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie qualifizierte Zuwanderung.

Die Finanzierung guter Renten sowie einer verlässlichen medizinischen, pflegerischen und sozialen Infrastruktur ist eine gemeinsame Aufgabe, die uns alle betrifft. Sie gelingt dann am besten, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten – auch Abgeordnete, Selbstständige und künftig neu eingestellte Beamt*innen durch die Einbeziehung in die gesetzliche Sozialversicherung. Das entlastet insbesondere kleine und mittlere Einkommen und senkt das Armutsrisiko.

Voraussichtlich ab Ende Januar 2026 werden Daten zu der aufgeworfenen Frage der Anzahl der Grundsicherungsbeziehenden in der Statistikdatenbank Baden-Württemberg im Bereich „22151 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter“ auf Kreisebene abrufbar sein.

(7.) Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau

– Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner?

– Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Eine bezahlbare und zu den eigenen Bedürfnissen passende Wohnung ist das Fundament für ein gutes Leben. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen 30 Prozent oder mehr ihres Nettoeinkommens für das Wohnen aufwenden müssen, oder sie jeder Umzug vor große Herausforderungen stellt. Das Ziel von uns Grünen ist: Wohnraum, der zum individuellen Geldbeutel und individuellen Bedürfnissen passt, der dort verfügbar ist, wo das Leben einen hinführt und wo eine Nachbarschaft und ein Quartier existiert, das Begegnung, Arbeit, Anbindung, Infrastruktur und Erholung bringt. Dafür setzen wir Grüne uns ein. Die Landeswohnraumförderung ist für uns dabei ein wesentliches Instrument.

Wir Grüne haben uns in den letzten Jahren für eine starke Landwohnraumförderung eingesetzt. Während das Volumen im Jahr 2021 (zu Beginn dieser Legislatur) „nur“ 250 Mio. Euro betrug, hat das Landeswohnraumförderprogramm mittlerweile ein Volumen von 760 Mio. Euro pro Jahr. Es umfasst die Förderung von sozialem Mietwohnraum, von selbst genutztem Wohneigentum, von Wohneigentümergeinschaften sowie den Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Seit 2023 ist das Junge Wohnen Teil der Wohnraumförderung. Damit werden Wohnheimplätze für Studierende und Azubis geschaffen. Seit 2021 sind mithilfe der Landeswohnraumförderung 18.128 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen worden. Diese sind sozial-gebunden, d.h. stehen vergünstigt den Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung. Im Rahmen der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 2025/2026 haben wir uns für zusätzliche Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro für die Landeswohnraumförderung eingesetzt. Das Förderprogramm wird dadurch einen zusätzlichen Finanzbooster bekommen. Auch perspektivisch ist für uns klar: Es braucht eine gut ausgestattete und effektive Landeswohnraumförderung. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Nach Angaben des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen ist der Bestand an Sozialmietwohnungen im Land bis Ende 2024 auf 54.634 gestiegen. Das sind 1.034 mehr als für Ende 2023 zuletzt ermittelt worden waren (53.600). Für dieses Jahr (2025) hat das Land seine Fördermittel fast verdoppelt.

In Karlsruhe gibt es nach Auskunft des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen etwa 4.100 Sozialmietwohnungen, die sich auf die beiden Wahlkreise Karlsruhe-I (Ost) und Karlsruhe-II (West) verteilen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(8.) Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

– Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis?

– Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Einsamkeit

Einsamkeit ist eine gesellschaftliche Aufgabe, der wir gemeinsam mit Kreativität, Mitgefühl und Engagement begegnen müssen. Einsamkeit betrifft in Baden-Württemberg fast jede*n Dritte*n – und hängt vor allem mit sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Faktoren zusammen. Einsamkeit ist ein Querschnittsthema, weil sie viele Lebensbereiche gleichzeitig berührt und nicht auf eine einzelne Ursache oder Bevölkerungsgruppe beschränkt ist. Es gibt mehrere Landesprogramme die hier ansetzen, unter anderem die Quartierstrategie 2030 für lebendige und generationengerechte Quartiere. Aktuell läuft die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs zum Thema Einsamkeit mit diesen Adressatengruppen: Menschen mit Migrationsgeschichte, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen/chronischen Erkrankungen sowie deren Angehörige, ältere Menschen und Eltern in besonderen Lebenslagen. Hintergrund für die Ausschreibung ist eine vom Land beauftragte Studie, die gezeigt hat, dass diese Personengruppen besonders vulnerabel in Bezug auf Einsamkeit sind. Gleichzeitig wurde in der Studie deutlich, dass es neuer, integrierter Ansätze bedarf, die übergeordnete Maßnahmen mit individuellen Handlungsstrategien kombinieren. Wir wollen kreatives Engagement gegen Einsamkeit fördern und neue Konzepte unterstützen, die persönliche Kontakte stärken und Isolation vor Ort wirkungsvoll bekämpfen. Solche Ansätze sollen durch den Ideenwettbewerb entstehen und für die jeweiligen Personengruppen wirksam werden. Denn jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe!

Über die Landesstrategie „Quartier 2030. Gemeinsam. Gestalten“ wurden bereits mehrere Projekte in Karlsruhe gefördert, die auch immer auf ein Miteinander im sozialen Quartier hinwirken. Ebenso haben bereits verschiedene Projekte in Karlsruhe von der Förderung über das Programm „Gut Beraten! – Quartiersentwicklung“ profitiert, woraus z.B. Nachbarschaftshilfen entstanden sind. Aktuell fördert das Land im Stadtteil Mühlburg das Projekt „Gesund aufwachsen

und leben“, bei dem Grundschulkind in Kontakt mit der Natur kommen, Selbstwirksamkeit erfahren und alternative Möglichkeit der Freizeitgestaltung kennenlernen. Zudem wird auch das Pilotprojekt „Mehrgenerationenquartier Mühlburg“ unterstützt, um mit einer Stadtteilkoordination vor allem die Teilhabe von älteren Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu stärken.

Ehrenamtskarte

Ohne Ehrenamt würde vieles nicht funktionieren, das ist mir bewusst und ich bin sehr dankbar für das große Engagement der vielen Ehrenamtlichen. Das Ehrenamt hat meine größte Anerkennung. Im Gemeinderat haben wir für Karlsruhe die Einführung der Ehrenamtskarte bereits beschlossen. Die ersten Karten wurden in Karlsruhe Mitte Januar ausgegeben. Damit können die vielen ehrenamtlich Engagierten in der Stadt die zahlreichen Vergünstigungen, die im ganzen Land angeboten werden, in Anspruch nehmen. Ich hoffe, sie machen davon reichlich Gebrauch!

(9.) Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

– Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Auspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?

Wir Grüne stellen uns konsequent gegen jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Ein Leben frei von Diskriminierungen und Gewalt zu gewährleisten, ist Aufgabe des Rechtsstaats und der Gesellschaft: Wir müssen gemeinsam für eine lebendige Demokratie eintreten.

Hetze, Falschinformation und Spaltung sind überall zu spüren. Dem stellt sich das Land durch vielfältige Maßnahmen entgegen, u.a. durch Maßnahmen die im Rahmen des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ erarbeitet wurden.

Wir Grüne setzen uns stark für Demokratieförderung ein, zum Beispiel durch das Netzwerk für Demokratie und Courage (das auch in Karlsruhe tätig ist), durch das landesweit tätige Demokratiezentrum Baden-Württemberg oder durch die seit Ende 2024 tätige Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit. Ansatzpunkte zur Demokratiestärkung sind Information und Aufklärung, Schulung von wichtigen Personengruppen in Schulen, der Justiz und bei der

Polizei, wie auch Beratung und Unterstützung von Menschen, die von Hass und Hetze betroffen sind.

(10.) Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente

– Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Ja. Das Land macht dies inzwischen auch für Beamt*innen möglich. Der Weg in die gesetzliche Krankenversicherung wurde erleichtert, indem es bei Landesbeamt*innen 50% der Krankenversicherungsbeiträge als Zuschuss gewährt.

Die Bürgerversicherung auf Bundesebene ist überfällig. Die Einführung war leider in der Koalition mit Teilen der Ampel nicht möglich. Leider ist auch in der derzeitigen Konstellation im Bund eine echte Bürgerversicherung eher unwahrscheinlich.